

Programm für den Kreis Göttingen

Der Kreis Göttingen, bestehend aus der Universitätsstadt Göttingen mit ihrem Umland sowie der regionalen Vielfalt um die Mittelzentren Duderstadt und Hann. Münden verfügt über beste Bedingungen für eine gut aufgestellte Region. Besonders die zentrale Lage in Deutschland und die starke Präsenz von Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen sind gute Standortvoraussetzungen. Die FDP will erreichen, dass diese Vorteile für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Göttinger Region genutzt werden. Die Liberalen treten deshalb für eine Politik ein, die unter der Berücksichtigung des demographischen Wandels die Wirtschaftskraft der Region fördert und mit sparsamer Führung der öffentlichen Haushalte dauerhafte Gestaltungsspielräume schafft. Dabei bleibt es das Ziel liberaler Politik, allen Bürgern vielfältige soziale und kulturelle Einrichtungen zu bieten und für alle eine hohe Lebensqualität zu schaffen beziehungsweise zu erhalten.

Verwaltung und Finanzen

Wir fordern eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Zurzeit gibt der Kreis Göttingen jedoch jedes Jahr wesentlich mehr Geld aus, als er einnimmt. So steigt die Verschuldung jährlich, aufgrund des mit schwarz-grüner Mehrheit beschlossenen Haushalts 2011 allein um ca. neun Millionen Euro. Dieser Schuldenberg kann zurzeit nicht allein vom Kreis zurückgeführt werden, weil Bund oder Land viele Aufgaben auf den Kreis übertragen haben, ohne für die notwendige Finanzausstattung zu sorgen. Zuletzt wurde durch die Hartz IV-Regelungen ein großes Loch in die Kreisfinanzen gerissen. Wir brauchen dringend eine Finanzreform, die die kommunalen Finanzen wieder ins Gleichgewicht bringt. Das Land Niedersachsen hat wenigstens die Konnexität in die Niedersächsische Verfassung aufgenommen. Das bedeutet, dass für alle Gesetze und Verordnungen des Landes, durch die die Kommunen finanziell belastet werden, vom Land ein entsprechender Ausgleich an die Kommunen bezahlt werden muss. In ähnlicher Form sollten der Kreis Göttingen sowie die einzelnen Gemeinden nur die finanziellen Lasten ihrer jeweils eigenen Aufgaben tragen (z.B. Unterhaltung und Renovierung ihrer historischen Bauten).

In die schwierige Situation ist der Kreis nicht ohne eigenes Verschulden geraten. Notwendige Einsparungen wurden nicht vorgenommen. Defizitäre Einrichtungen wie das Landschulheim Pelzerhaken und die Jugendbildungsstätte Groß Schneen sind zwar aufgegeben worden, der Verkauf von ‚Pelzerhaken‘ stockt aber, da die dortige Gemeinde mit ihrer Bebauungsplanung nicht vorankommt.

Für die FDP ist es in dieser Lage notwendig, möglichst bei vielen Ausgaben einzusparen, um den Schuldenberg nicht weiter zu vergrößern. Der Kreis sollte nicht auf Kosten der folgenden Generationen leben. Das bedeutet, dass alle freiwilligen Leistungen des Kreises auf den Prüfstand gehören und dass die Kreisverwaltung sich auf ihre Kernaufgaben beschränkt und nicht immer mehr Aufgaben an sich heranzieht, die die Bürger durchaus eigenständig lösen können. Die in den letzten Jahren erfolgreiche Reduzierung der Personalkosten muss weiter fortgesetzt werden. Verwaltungsleistungen, die von privaten Firmen günstiger angeboten werden, sind von dort einzukaufen. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Göttingen muss verstärkt werden, um dabei weitere Synergieeffekte zu erzielen. Nach der Einführung von produktorientierten Haushalten mit Kosten-Leistungsrechnung ist die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen (Einführung der Doppik = doppelte Buchführung in Konten) der nächste Schritt zur Verstärkung der Transparenz. Die Kennzahlvergleiche mit anderen Landkreisen müssen weitergeführt werden, um eventuelle Schwachpunkte der eigenen Verwaltung zu erkennen und zu verbessern.

Zur Transparenzsteigerung und größerer Serviceorientierung fordern wir einen Livestream (Live-Übertragung) für die Sitzungen des Kreistages und der Stadt- und Gemeinderäte sowie den Ausbau der elektronischen Angebote und Kommunikationswege, um Bürger und Unternehmen zu entlasten und damit Bürokratie abzubauen.

Kommunale Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsstandort Region Göttingen

Kommunen müssen im regionalen und überregionalen Standortwettbewerb bestehen können, damit entsprechend Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch die Sicherung der ortsansässigen Betriebe und Ansiedelung neuer Unternehmen erhöht unmittelbar das Arbeitsplatzangebot in der Kommune. Notwendige weitere Maßnahmen sind die Senkung von Abgaben, der Abbau von Überregulierungen sowie die Vorhaltung günstiger Gewerbeflächen.

Auf freiwilliger Basis geschaffene regionale Zusammenschlüsse können dabei ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsförderung sein. Im Bereich Göttingen müssen die bisher eingerichteten Institutionen für Wirtschaftsförderung dringend auf ihre Zwecke, Zielrichtung und Funktionalität hin überprüft und gebündelt werden. Die Südniedersachsen-Stiftung, der Regionalverband und die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften sind hier die zentralen Beteiligten. Sie sollten ihre Kräfte gemeinsam auf das Ziel der kommunalen Wirtschaftsförderung ausrichten, um ihrer Aufgabe besser gerecht zu werden und die erforderlichen Ergebnisse für die Göttinger Region erzielen zu können.

Eine wesentliche Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung ist es, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen und aktuelle und ausreichende Information bereitzustellen. Ein Beispiel hierfür ist die Notwendigkeit schneller Entscheidungswege für Gewerbeansiedlungen. Kommunen müssen bedarfsgerecht und kostengünstig Gewerbeflächen vorhalten und anbieten, um neue Betriebe zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ansiedeln zu können. Erforderliche Investitionsvorhaben müssen einfach und unbürokratisch umgesetzt werden können, hier sollte zum Beispiel der Einsatz von "Investitionslotsen" als alleinige Schnittstelle zwischen interessierten Unternehmen und Behörden ausgebaut werden. Eine feste Anlaufstelle für die Information von Existenzgründern und Mittelstandsunternehmen bezüglich regionaler bis europäischer Fördermittel bei Gründung, Expansion ebenso wie Sanierung kann dann diese Fragen für die gesamte Region koordinieren.

Wichtiger Bestandteil der kommunalen Wirtschaftsförderung ist auch der Bereich der kommunalen Infrastruktur. Die Pflege und Verbesserung der bestehenden örtlichen Strukturen spiegeln sich in der Attraktivität des Wirtschaftsstandortfaktors wider. Insbesondere bei Firmenausgründungen, den so genannten Spin-offs aus Universität und Hochschulen, spielt dieser Faktor eine besondere Rolle für Kommunen im städtischen Umfeld. Wenn diese Faktoren stimmen, wählen junge und innovative Firmen auch gerne den ländlichen Raum für ihre Unternehmensgründung und als Firmensitz.

Südniedersachsen als Tourismusregion

Der Tourismus in Südniedersachsen entwickelt sich zu einem immer bedeutenderen Wirtschaftsfaktor in unserem Landkreis. Der Landkreis mit seiner schönen und reizvollen Landschaft bietet viele Ausflugsziele für Kurzurlauber, Tagestouristen und Fernreisende. Dabei ist die Vielfalt der Angebote in den Bereichen Kultur, Bildung Freizeit und Sport hervorzuheben.

Der Landkreis muss sich deutlich als attraktives Angebot mit vielfältigen Möglichkeiten darstellen. Die Tourismusverbände sind in ihrer Arbeit zu stärken und zu fördern. Der weitere Ausbau und die Pflege der Dachmarke „Galerie Göttinger Land“ leisten dabei einen wichtigen Beitrag.

Der Landkreis und die Region als touristisch höchst reizvolle Landschaft sind von besonderer Bedeutung für die Wohnortwahl. Familienfreundliche Kommunen mit besten Angeboten in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Kultur, Freizeit, Sport, Verkehrsanbindungen sowie preiswerter familien- und seniorengerechter Wohnraum bieten gute Anreize, um neue Einwohner zu gewinnen. Diese weichen Standortfaktoren gewinnen gerade infolge des zunehmenden Fachkräftemangels an Bedeutung. Eine gute Beschilderung für die touristischen Aktivitäten ist besonders wichtig und hat Vorrang vor weiteren Maßnahmen.

Einer breiten Öffentlichkeit gilt es, diese Möglichkeiten bewusst zu machen, sie überregional angemessen zu vermarkten und damit die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Dabei ist die Vielfalt der

Angebote hervorzuheben, die sich aus der Attraktivität der Universitätsstadt Göttingen und dem sehr unterschiedlich strukturierten ländlichen Raum der Umgebung ergibt. Der weitere Ausbau und die Pflege des Internetauftrittes „Galerie Göttinger Land“ leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Die Erarbeitung der hierfür notwendigen Projekte im Programm *Leader* werden von der FDP unterstützt.

Das ‚Grüne Band‘ ist nunmehr ein europaweit festgeschriebenes Naturschutz- und Tourismusprojekt. Die fachliche Ausarbeitung für das Projekt im Bereich Eichsfeld-Hainich liegt bei der Heinz-Sielmann-Stiftung in Verbindung mit *Leader* des Landkreises Göttingen. Das ‚Grüne Band‘ als Naturschutz- und Tourismusattraktion hat die FDP schon seit dem Jahr 2000 in die Diskussion gebracht, mit demselben Ziel wie es jetzt bundes- und europaweit entwickelt werden soll.

Die Region Südniedersachsen muss sich deutlich als attraktives Angebot mit vielfältigen Möglichkeiten darstellen, damit auch hier Tourismus zu einem größeren Wirtschaftsfaktor wird. Eine Dachmarke mit hohem Wiedererkennungswert für die Eigenart der Region soll geschaffen werden.

Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Bundesweit haben die Kommunen mehr als 100.000 Eigenbetriebe, die in direkter Konkurrenz zu privaten Unternehmen stehen. Die FDP in Niedersachsen hat eine notwendige Gestaltung im neuen Kommunalverfassungsgesetz erreicht: Bei einer wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen müssen sie nachweisen, dass kein privater Anbieter diese Aufgaben in derselben Qualität und Wirtschaftlichkeit erfüllen kann. Ob die Erledigung öffentlicher Aufgaben zielgerichtet und wirtschaftlich erfolgt, muss vorurteilsfrei und unabhängig von der gewählten Organisationsform nur an den Ergebnissen gemessen werden. Damit wird zum Beispiel die Stadt Göttingen gezwungen, sich stärker als bisher mit der Wirtschaftlichkeit ihres Handelns auseinander zu setzen. Auch für bestehende Kommunalunternehmen müssen Wirtschaftlichkeit und die Besinnung auf die Kernaufgaben zum Zwecke des Schuldenabbaus verstärkt in den Blick genommen werden. Daher müssen echte Privatisierung, außer im Kernbereich der Daseinsfürsorge, und mehr mittelstandsgerechte Ausschreibungen neuer Projekte angestrebt werden.

Stärkung der Zusammenarbeit von Verwaltung und Privatwirtschaft

Neue Modelle, die den Einsatz privaten Kapitals und Know-hows erleichtern und die ökonomische Effizienz steigern, wie Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) oder die Übertragung von bisher im eigenen Unternehmen erstellten (Dienst-) Leistungsfunktionen an fremde Unternehmen (Outsourcing) können helfen, Infrastrukturmaßnahmen anzuschieben, die heute so nicht mehr finanzierbar sind. Das würde besonders der jeweils angemessenen Ausstattung der Schulgebäude zugute kommen. Auch der Einsatz von Finanzierungs- und Betriebsverfahren (Contracting) zur Bereitstellung gebäudespezifischer Energiedienstleistungen durch Dritte und Nutzungskostenoptimierung (Facility Management) im kommunalen Bereich kann hier neue Sparpotentiale erbringen. Insgesamt ist durch die Auslagerung von Aufgaben, die seitens der freien Wirtschaft einfacher und effizienter erfüllt werden können, eine dringend notwendige Kostenminimierung zu erzielen.

Regionale Verkehrspolitik

Mobilität ist ein ursprüngliches Bedürfnis der Menschen. Das Wegenetz muss dem gerecht werden. In unserer Region mit verdichteten und abgelegenen ländlichen Gebieten müssen PKW-, Bahn-, Bus, Fahrrad- und Fußgänger-Verkehr gleichberechtigt nebeneinander stehen. Eine Diskriminierung des Individualverkehrs lehnen wir ab.

Daneben ist die zentrale Lage Region in Deutschland und Europa beim Ausbau der Transitwege zu berücksichtigen. Letzteres kommt vordringlich beim Ausbau der Fernbahnen und der Autobahnen einschließlich des inneren Wegenetzes zum Tragen.

Konkret steht die FDP für folgende Positionen:

- Besonders wichtig ist die Beruhigung und Entlastung der Ortschaften und Wohngebiete von überörtlichem Durchgangsverkehr. Deshalb setzt sich die FDP beispielsweise seit langem für den Bau der Ortsumgehungen für Waake, Dransfeld und Westerode-Duderstadt-Gerblingerode sowie die Südumgehung Göttingens ein.

- Flüsterasphalt soll zumindest probeweise bei zukünftigen Baumaßnahmen auf Hauptverkehrsstraßen eingesetzt werden, um die Lärmbelastung zu verringern,
- Ausbau der Güterverkehrszentren Göttingen und Lengler-Holtensen mit direkter Anbindung an die Autobahnzubringer und soweit möglich auch an die Bahn,
- Erhalt des ICE-Systemhaltepunktes Göttingen und Forderung des Halts für bisher immer noch durchfahrende Züge sowie entsprechende Anschlüsse für die Region.
- Erhalt der Oberweser für den Güterverkehr und den Tourismus.
- Stärkung des regionalen Busnetzes unter Beachtung des Schülerverkehrs bei gleichzeitiger Zunahme von Buseinsätzen durch den weiteren Ausbau des Pendlerverkehrs in Zusammenarbeit mit betroffenen Göttinger Firmen. Verbesserung der Bahnlinie Göttingen – Bodenfelde einschließlich besserer Vernetzung dieser Bahn mit davon seitwärts nahe liegenden Orten mittels Bussen oder vermehrten Angeboten von P & R und Anrufsammeltaxis.
- Insgesamt setzt sich die FDP für mehr Sicherheit im Straßenverkehr ein. Eine Möglichkeit dazu bietet der Bau von Kreiseln an geeigneten Stellen. Weitere Möglichkeiten, wie Abschaffung der baulich eingerichteten Bedarfsraumteilung zwischen Fuß-, Rad-, Autowegen (sogenanntes Shared-Space-System [der gesicherte Raum]) sind zu überprüfen. Derartige Überlegungen sind in breiter Öffentlichkeit zu diskutieren, um eine gute Akzeptanz herzustellen. In diesem Zusammenhang verlangt die FDP auch die Entschärfung von Unfallschwerpunkten in Stadt und Kreis.
- Ausbau der Lückenschlüsse im Netz der europäischen Wander- und Fernradwege mit Unterstützung übergeordneter Zuschüsse. Weiterer Ausbau des touristisch bedeutsamen Radwegenetzes, zum Beispiel der Radschnellwege Leine-Heide-Radweg oder Hahletalradweg (der so noch nicht heißt) bis zur Verknüpfung zum Eichsfeldkreis (unter Beachtung der Planungen der B 247 Umleitung Westerode-Duderstadt-Gerblingerode).

Energie und Umwelt, Natur und Landwirtschaft

Die Entwicklung von Bio-Energie-Dörfern und die Nutzung nachwachsender Rohstoffe leistet einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Ein großes Potential für die Energieerzeugung in unserem Kreis ist das Waldrestholz, das in den ausgedehnten Wäldern in großen Mengen anfällt. Zudem wird der Anbau geeigneter Baumarten auf landwirtschaftlichen Stilllegungsflächen zur Erzeugung von energetisch nutzbarer Biomasse unterstützt. Die Nutzung dieses Potentials könnte auch einen Beitrag zum Erhalt unserer Wälder leisten. Die FDP plädiert in diesem Zusammenhang seit langem für die Abschaffung der Jagdsteuer, hat dafür aber bisher keine Mehrheit im Kreistag bekommen.

Der Landkreis Göttingen hat sich zum Ziel gesetzt, eine Energieautarkie so schnell wie möglich zu erreichen. Dieses Ziel ist nicht realistisch und würde eine völlige Deindustrialisierung des Kreises bedeuten. Selbstverständlich werden auch langfristig überregionale Energiequellen genutzt werden müssen, so zum Beispiel Off-Shore-Windenergie. Dennoch unterstützt auch die FDP das Bestreben, weitest möglich Energie aus regionalen Quellen zu entwickeln. Dafür sind – auch mit Unterstützung der FDP – Förderprogramme aufgelegt worden, damit der Prozess auch von der Bevölkerung erkannt und angenommen wird. Wichtig ist dabei die breit gestreute Aufklärung über energieeffizientes Bauen und das Sanieren von Altbauten. Hierfür wurde die „Energieagentur Region Göttingen“ gegründet. Diese soll auch mit dem Kompetenzzentrum „Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit“ (Sitz im Energie-Pilotort Jühnde) zusammenarbeiten, wodurch eine breite Öffentlichkeit erreicht werden soll.

Die FDP hat bei den jeweiligen Gründungsversammlungen darauf geachtet, dass hierbei die Institutionen eine enge Zusammenarbeit mit privat geführten Energieberatungsbüros eingehalten wird. Daraus ergibt sich ein breit gefächertes Netz von Beratungsleistungen. Ein weiteres Kernstück sollte die Evaluierung und Implementierung von dezentralen Energiespeichern sein.

Ein wichtiger Faktor für die Attraktivität unseres Landkreises ist die schöne und abwechslungsreiche Landschaft, die unbedingt erhalten werden muss. Diese Landschaft ist durch die Bewirtschaftung über Jahrhunderte entstanden. Sie kann nur durch aktive Pflege erhalten werden. Bisher geschah das in vielen Bereichen durch landwirtschaftliche Nutzung. Heute zieht sich die Landwirtschaft immer stärker aus vielen Flächen zurück, und besonders die Grünlandnutzung ist auf Dauer gefährdet.

Die Weiterentwicklung einer unternehmerischen Landwirtschaft ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von vielen Betrieben. Deshalb wollen wir bei Planungsverfahren einen fairen Interessenausgleich zwischen den Interessen der Landwirtschaft, des Naturschutzes sowie der Bürgerinnen und Bürger.

Die FDP unterstützt hier die Einbindung der Landwirtschaft und der Jägerschaft in den Naturschutz und die Landschaftspflege durch Verträge zur Pflege nach entsprechenden Programmen. Die erfolgreichen Ansätze, die der Landschaftspflegeverband und die *Leader*-Programme gebracht haben, müssen fortgesetzt und intensiviert werden. Auf diese Weise erreichen wir einen effektiven und preiswerten Landschaftsschutz, in dem viele Einwohner aktiv eingebunden sind.

Die demographische Entwicklung in unserem Raum muss auch zu einer Einsparung von Flächen bei der Bebauung führen. Bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden, sollte die Entwicklung des Wohnungsbestandes in den Orten genau untersucht werden.

Günstige Verkehrswege sind für die Infrastruktur unbedingt erforderlich. Hier gilt es jeweils die Lösung zu finden, die möglichst viele Belange des Naturschutzes, der Wohnqualität der Anlieger und der sicheren Verkehrsführung optimiert. Hierzu gehört auch, das intakte Landschaftsbild unter Schutz zu stellen und einer weiteren Verschandelung durch Windräder entgegenzuwirken.

Bildung als Zukunftsvorsorge

Die Fläche des Landkreises Göttingen und die demografische Entwicklung stellen die öffentliche Hand im Bildungsbereich vor besondere Aufgaben. Die FDP fordert deswegen ein vielseitiges und zukunftsfähiges Bildungsangebot vom Kindergarten bis zur Schule, das in erreichbarer Nähe bleibt. Dazu gehört die gute Ausstattung der Schulen, die für die Schulqualität und Erteilung guten Unterrichtes unbedingt erforderlich ist.

Das für Deutschland besondere duale System in der beruflichen Bildung muss verstärkt und ausgebaut werden, damit hier weiterhin die individuellen Möglichkeiten vieler Schülerinnen und Schüler gefördert werden können. Hier setzt sich die FDP dafür ein, dass die Anforderungsprofile und damit auch Wünsche der Wirtschaft als potentielle Arbeitgeber der Schülerinnen und Schüler durch mehr Praxisbezug stärker in die schulische Bildung einbezogen werden.

Weiterbildungsangebote müssen auch für den kommunalen Bereich in breiter Form gesichert zur Verfügung stehen.

Im Einzelnen fordert die FDP

für den Bereich Kindergarten:

Wir unterstützen nachhaltig, dass von Anfang an verbindliche Sprachförderung in der Kindertagesstätte, möglichst unter Einbeziehung der Eltern, erfolgt. Hier sollten weiterhin begleitende Bildungsangebote für die Eltern, insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund und Nichtmuttersprachlern, bereitgestellt werden. Im Einzelnen:

-Verpflichtung zur Bereitstellung von Angeboten für die Fortbildung des Kindertagesstättenpersonals.

-Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren (die zum Beispiel auch Betreuungs- und Beratungsangebote vermitteln können), was durch die jeweiligen Träger der Kindertagesstätten zu entscheiden ist.

-Unterstützung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätte, Krippe, Hort und Grundschule, damit Kindertagesstätten angesichts zurückgehender Geburtenzahlen lokal bestehen bleiben können. Hier ist in kleinen Gemeinden besondere Flexibilität für die weitere Existenz von Kindertagesstätten gefordert.

für den Bereich Schule:

- Es muss Schluss sein mit weiteren Organisationsdebatten. Notwendig ist eine zusätzliche Qualität von Schule, unter anderem durch konsequente Einbeziehung der Leitlinien für Bildung für nachhaltige Entwicklung in den gesamten Unterricht.
- Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule soll durch eine enge Verzahnung der Kindertagesstätten und Grundschulen erreicht werden. Wir Freien Demokraten streben den Erhalt auch kleinerer Grundschulstandorte im Rahmen von Schulverbänden an. Bei Schulverbänden sollen mehrere Grundschulstandorte unter dem Dach einer Schulleitung und eines Lehrerkollegiums miteinander verbunden werden. Den Grundschulen soll weiterhin ermöglicht werden, eine flexible Eingangsstufe zu führen.
- Verbesserung der Ausbildungsreife durch gezielte Förderung der Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen unter Einbeziehung der Eltern in die pädagogischen Konzeptionen der Schule und verstärkte Elternberatung vom dritten Schuljahr an.
- Erhalt eines differenzierten, vielfältigen und begabungsgerechten Schulsystems mit funktionierenden Hauptschulen, Real- und Förderschulen sowie Gymnasien und - wo dies aufgrund der örtlichen Situation sinnvoll ist - Oberschulen. Wo ein entsprechender Elternwunsch vorhanden ist und keine anderen Schulen dadurch in ihrer Existenz gefährdet werden, können integrierte Gesamtschulen eine Ergänzung sein.
- Erhalt auch der kleineren Schulstandorte wie z.B. der Hauptschule in Rosdorf und der Haupt- und Realschule in Adelebsen, wobei eine Zusammenlegung mit einer anderen Schulen und/oder die Umwandlung in eine Oberschule sinnvolle Wege sein können.
- Ausbau von echten Ganztagsangeboten für alle Schulformen und Unterstützung bei Nachmittagsunterricht in Ganztagschulen durch Nutzung kommunaler Einrichtungen (Jugendarbeit, Sport etc.)
- Schülerbeförderung zur wohnortnahen Schule muss gewährleistet bleiben.
- Sicherung des Schulweges als allgemeine Pflicht.

für den Bereich Berufsschule:

- Alle fünf Berufsschulen im Kreis können und sollen erhalten bleiben.
- Die FDP unterstützt die Schwerpunktbildung der Schulen, die in enger Zusammenarbeit mit der heimischen Wirtschaft und den Fachhochschulen erfolgt. So werden sowohl für die jungen Menschen in unserer Region wichtige Bildungs- und Ausbildungschancen geboten als auch für die Wirtschaft geeignete Fachkräfte ausgebildet, die die Region wirtschaftlich attraktiv machen.
- Die FDP begrüßt ausdrücklich Teilzeitausbildungen, die Einführung verkürzter Abschlüsse und Praktikerabschlüsse.

Neben den staatlichen Berufsschulen haben auch private Anbieter ihren Platz. Der Kreistag muss bei seinen Beschlüssen im Berufsschulbereich auch berücksichtigen, wie diese sich auf die privaten Anbieter auswirken.

Förderung von Wissenschaft und Forschung unter Standortstärkung

Stadt und Landkreis Göttingen sowie die Region insgesamt leben in hohem Maße vom bedeutenden Wirtschaftsfaktor Universität und den in der Region ansässigen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, wie den Max-Planck-Instituten, Fachhochschulen und Akademien sowie den entsprechenden Firmenausgründungen.

Die FDP unterstützt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Universität, an Attraktivität zu gewinnen: durch Hochschulmarketing, durch neue Studiengänge im Bereich der Informatik und der Medienwissenschaften, durch englischsprachige Studiengänge, durch internationale Abschlüsse.

Die FDP fordert daher:

- Der Transfer zwischen Hochschulen und Unternehmen muss gefördert werden.
- Die Mittelzuweisung seitens der Landesregierung muss verstärkt werden, damit die Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb nicht weiter an Attraktivität einbüßen, sondern durch innovative Studiengänge mehr Studierende anziehen.
- Für die Hochschulen größtmögliche Autonomie; das beinhaltet vor allem auch das Recht, im Wettbewerb um Studierende und Mittel die Studierenden selbst auszuwählen.

Kultur

Eine lebendige Region zeichnet sich immer durch ein reichhaltiges Kulturangebot aus. Dies ist im Kreis Göttingen gegeben und die FDP steht dafür, dass es auch so bleibt. Kulturförderung für lokal bedeutsame Einrichtungen ist dabei Sache der Gemeinden. Der Kreis trägt Mitverantwortung für diejenigen kulturellen Angebote, die kreisweit oder sogar überregional Bedeutung haben. Förderungswürdig sind dabei in erster Linie diejenigen, die sich auch selbst um Finanzierung bemühen und ihr Publikum zu gewinnen vermögen.

Auch im Kulturbereich müssen Synergieeffekte genutzt werden. Die FDP tritt daher entschieden für den Zusammenschluss der Volkshochschulen des Kreises und der Stadt Göttingen ein.

Öffentliche Träger sollten auch im Kulturbereich privaten Einrichtungen nur dann Konkurrenz machen, wenn die Privaten das wünschenswerte Angebot nicht ausreichend bereitstellen können. Angesichts guter privater Musikschulen braucht der Kreis Göttingen keine eigene Musikschule zu betreiben. Zumindest sollte das Angebot ständig weiter an private Musikschulen überführt werden, wie es beim Einzelunterricht bereits geschieht.

Das jährliche Kulturangebot „Kultur im Kreis“ als Sommerveranstaltungen an verschiedenen Orten im Kreisgebiet will die FDP erhalten.

Sport

Die Sportvereine im Kreis erledigen viele Aufgaben, die von anderen Institutionen nur unzureichend geleistet werden könnten. Dabei unterstützt sie der Kreissportbund effektiv durch viele Dienstleistungen für die Vereine und ihre Mitglieder.

Die Kinder- und Jugendarbeit im Sport bringt für viele erst die Möglichkeit zu körperlicher Betätigung, die für eine gesunde Entwicklung unbedingt erforderlich ist. Darüber hinaus stärkt sie im hohen Maße die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, indem sie ihr soziales Verhalten fördert und zu gesellschaftlichem Engagement anregt. Hier müssen auch in Zukunft weiterhin wichtige Schwerpunkte gesetzt werden. Die zunehmende schulische Ganztagsbetreuung bietet verstärkt die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Vereine mit den Schulen. Dabei sieht die FDP eine Chance, auch solche Kinder und Jugendliche für den Sport zu gewinnen, die bisher nur schwer ansprechbar waren.

Bei der vorhersehbaren demographischen Entwicklung wird die Integration älterer Menschen in die Vereine eine immer größere Rolle spielen. Durch gezielte Angebote für diesen Kreis wirken die Vereine der Isolierung älterer Menschen entgegen und leisten gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Beweglichkeit und damit zum Erhalt der Gesundheit im Alter.

Für kleinere ländliche Orte sind die Sportvereine wichtige Träger der örtlichen Kultur, weil sie als größte Vereine die beste Möglichkeit haben, größere Veranstaltungen zu organisieren.

Die vielen Aktivitäten, die die Vereine für die Mitbürger entfalten, sind nur möglich dank der großen Anzahl an Ehrenamtlichen als Übungsleiter und in den Vorständen. Nur so können die vielfältigen Arbeiten effektiv und kostengünstig erledigt werden. Deshalb sieht die FDP in den Sportvereinen und dem Kreissportbund wichtige Partner der Kommunen.

Sozialpolitik – Eigenverantwortung vor Ort

Bürgerschaftliches Engagement hat Vorrang vor Sozialbürokratie

Die FDP hält die Fachkompetenz der im sozialen Bereich tätigen Vereine und Verbände für außerordentlich wichtig. Organisierte Vereinsarbeit nimmt nicht zuletzt dank einer Vielzahl ehrenamtlicher Helfer gesellschaftspolitische Aufgaben wahr, die von den Kommunen in diesem Umfang nicht bewältigt werden könnten. Zu einer gesicherten sozialen Infrastruktur gehören daher umfangreiche Angebote. Die finanzielle Förderung solcher Angebote aus Mitteln der Kommunen ist auch in Zeiten

knapper Kassen fortzusetzen; allerdings müssen hierbei diejenigen Vereine Vorrang haben, die sich auch selbst nachweislich um die Einwerbung von Spenden, Mitgliedsbeiträgen etc. bemühen und deren Mitglieder sich persönlich einsetzen.

Fördern und fordern

Die Politik muss darauf hinwirken, dass Arbeitslosigkeit kein Dauerzustand für viele Menschen ist. Hierzu gehört neben einer effizienten Wirtschaftspolitik auch das Fördern und Fordern der Betroffenen. Es ist völlig richtig, dass der Kreis Göttingen bei Hartz IV die Option genutzt und die Bemühungen um die ALG-II-Empfänger selbst in die Hand genommen hat.

Über das gesetzliche Maß hinausgehende finanzielle Zuwendungen kann es nicht geben, das gilt auch für die Kosten für Unterkunft. Hierbei muss auch sorgfältig auf die Preisbildung am Wohnungsmarkt geachtet werden, um Mietpreissteigerungen zu verhindern.

Gesundheit und Hilfe

Mit dem Universitäts-Klinikum und zahlreichen anderen medizinischen Einrichtungen verfügt die Göttinger Region über gute Möglichkeiten im Gesundheitsbereich. Diesen Standortvorteil muss die lokale Politik stärken und nutzen. Es gilt, die Gesundheitsregion Göttingen auszubauen und besser zu vernetzen.

Besondere Probleme stellen sich beim Umgang mit Suchtmittelabhängigen. Liberale Politik steht für eine dreigliedrige Drogenbekämpfung: eine verstärkte Prävention (insbesondere an Schulen), eine intensive Bekämpfung des Drogenhandels (Null-Toleranz für Dealer) und eine verbesserte Drogentherapie und Nachsorge.

Herausforderung Demographischer Wandel

Die Liberalen wollen die wachsende Zahl älterer Menschen auch als Chance für die Region nutzen. Senioren können vor allem durch ihr ehrenamtliches Engagement die Gesellschaft stärken. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben so lange wie möglich selbständig zu bestimmen und zu gestalten. Der Ausbau freier und privater ambulanter Hilfseinrichtungen sowie das betreute und altengerechte Wohnen sollen weiter vorangetrieben werden. Ältere Menschen wollen mobil bleiben, worauf die Politik bei der Verkehrsplanung Rücksicht zu nehmen hat.

Als konkret umsetzbare Maßnahmen im Sinne der Senioren schlägt die FDP vor:

- Bereitstellung von Lesebrillen für die Formulararbeit bei Ämtern.
- Einrichtung von „Mehrgenerationsplätzen für Jung und Alt“, die mit speziellen Angeboten ausgestattet sind und daneben der generationenübergreifenden Begegnung dienen.
- Beachtung der Bedürfnisse älterer Menschen bei der Planung (Altengerechte Wohnungen, Mehrgenerationenhäuser, Begegnungsstätten).
- Unterstützung und Ermutigung älterer Menschen zu ehrenamtlichen Tätigkeiten.
- Unterstützung ambulanter Pflegedienste und pflegender Angehöriger, um Heimunterbringung möglichst zu vermeiden.

Politik für Familien, Kinder und Jugendliche

Kinder gehören in den Mittelpunkt des Lebens der Menschen. Familienfreundlichkeit ist in der heutigen Zeit wichtig für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung. Viele Eltern wollen oder können nicht mehr lange auf die Berufstätigkeit verzichten. Auch immer mehr Betriebe sind auf ihre hochqualifizierten Fachkräfte angewiesen und wollen sie nicht zu lange während der Kinderbetreuung entbehren. Viele sehen für sich selbst Teilzeitarbeit als eine geeignete Option an. Hier sind Entwicklungen sowohl in den Unternehmen als auch in der Kinderbetreuung gefragt. Positive Beispiele wie Telearbeitsplätze oder Jobsharing müssen bekannter gemacht werden, damit sie für andere Betriebe bzw. Betreuungseinrichtungen Vorbildcharakter haben können. Es sollte für jeden selbstverständlich möglich sein, Kinder zu haben und sich ihnen mit Freude zu widmen. Ein entsprechender Wertewandel in un-

serer Gesellschaft kann den Geburtenrückgang beenden und Göttingen als lebendige, zukunftsfähige und zukunftsreiche Region stärken.

Kinderbetreuung

Es müssen mehr bedarfsgerechte Betreuungsplätze geschaffen werden, damit mehr Eltern wieder arbeiten können, diese Familien nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und sich ihre Kaufkraft erhöht.

Mit flexibleren Öffnungszeiten von Kindertagesstätten und Horten, angepasst an die Hauptarbeitszeiten, werden Eltern in die Lage versetzt, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dazu gehört auch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, sodass hier Kompromisse gefunden werden können.

Die FDP setzt sich für folgende konkrete Maßnahmen ein:

-Angebot von Kindertagesstätten, Anpassung der Öffnungszeiten zumindest einzelner Kindertagesstätten, je nach Bedarf (beispielsweise Einrichtung einer „Nachmittagsgruppe“, Samstagsoffnungszeiten, Betreuung in Ferienzeiten). Weiterhin soll die Einrichtung von Betriebskindergärten durch die Kommune unterstützt werden, etwa bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten.

-Individuelle Betreuungsleistungen (zum Beispiel Elterninitiativen, private Kindergruppen und Tagesmütter) sind zu fördern und dürfen nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden.

Kinder-, jugend- und familienfreundliches Umfeld

Alle kommunalen Maßnahmen sind auf ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit zu prüfen. Dies gilt besonders bei der Planung von Baugebieten und Freizeitangeboten. In allen Wohnvierteln muss es Spielmöglichkeiten und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche geben; soweit die Kommunen sich deren Bau und Unterhaltung nicht leisten können, sollen sie zumindest die Flächen beziehungsweise Räume hierfür großzügig zur Verfügung stellen und Eigeninitiative von Eltern und Vereinen fördern. Kinder und Jugendliche sollen altersgemäß an Entscheidungen beteiligt werden. Notwendig sind zudem Mobilitätskonzepte für Kinder, was bei einer kindgerechten Ampelschaltung und der Berücksichtigung von Kindern als Verkehrsteilnehmern bei Straßenbaustellen beginnt.

Integrationspolitik

Ziel jeglicher Kommunalpolitik muss das friedliche Zusammenleben aller in der Gemeinde lebenden Menschen sein. Die wichtigste Grundlage für dieses friedliche Zusammenleben ist der Gebrauch einer gemeinsamen Sprache. Nur auf dieser Basis können Konflikte vermieden oder gelöst werden. Daraus ergibt sich, dass die Kommune von Ausländern, die hier leben wollen, verlangen muss, die deutsche Sprache zu erlernen. Mit dem Angebot von Sprachkursen hat sie dafür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Für Kinder muss es Pflicht sein, vor der Einschulung die deutsche Sprache zu beherrschen.

Darüber hinaus muss die Kommune im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle kulturellen und sozialen Aktivitäten unterstützen, die der Verständigung der Menschen untereinander dienen. Dies gilt besonders für Gruppen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. Ein gesellschaftliches Nebeneinander darf es auf keinen Fall geben. Bei der Belegung von Wohnungen ist darauf zu achten, dass keine Ghettobildung erfolgt.

Die Bereitschaft zum Dialog auf der Basis von Toleranz ist Voraussetzung für den erfolgreichen Umgang mit anderen Kulturen.

Staat und Bürger: Liberale Innenpolitik vor Ort

Auf der Basis ihres liberalen Menschenbildes traut die FDP dem freien Bürger die Fähigkeit zu, seine Angelegenheiten frei, selbständig und in eigener Verantwortung besser regeln zu können, als es der Staat jemals konnte und könnte. Dies entspricht dem Grundgedanken des Liberalismus und verkörpert damit das Subsidiaritätsprinzip.

Unsere Ziele, Vorstellungen und Forderungen lauten:

Bürgernahe Verwaltung

Das staatliche Handeln muss auf ein Mindestmaß und auf die Kernaufgaben beschränkt werden. Das Prinzip der Subsidiarität muss uneingeschränkt gelten. Die Kommunen sollen in stärkerem Maße als Moderator, Begleiter und als Partner bürgerlicher Initiativen tätig sein.

Die Verwaltung hat sich als Dienstleister zu verstehen. Das heißt, das Handeln der Verwaltung muss auf den Kunden, nicht auf den Arbeitsablauf ausgerichtet sein (Output-Steuerung statt Input-Steuerung). Die Verwaltung sollte sich in ihrem Angebot an den zeitlichen Vorgaben der Bürger orientieren. Wir fordern daher ein verstärktes Angebot von Sprechzeiten in den späten Nachmittagsstunden und am Abend in allen Bereichen mit Publikumsverkehr. Um unnötigen Leerlauf und Wartezeiten auf den Ämtern zu vermeiden, sollte die Bündelung von wichtigen Serviceleistungen der Verwaltung als „Bürgerservicezentrum“ in nur einem Gebäude und an nur einem Schalter vorgenommen werden. Ein Beschwerdemanagement würde als Ideenpool für eine effektivere und bürgernahe Verwaltung dienen. Der damit betraute Mitarbeiter des Landkreises soll eine jährliche am Einzelfall orientierte Berichtspflicht gegenüber dem Kreistag (oder einem Ausschuss) haben.

Verwaltungsunterlagen sollen in stärkerem Maße in Internet verfügbar sein. Versteht sich eine Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen, dann steht die Zufriedenheit ihrer Kunden an erster Stelle. Zufriedenheitsbefragungen sollen eine Auswertung des Verwaltungsangebotes ermöglichen.

Sicherheit in der Bürgergesellschaft

Die tatsächliche Sicherheit ist im Kreis Göttingen höher als die gefühlte. Unter Mitwirkung der betroffenen Bewohner, von den Kontaktbereichsbeamten der Polizei und von Bürgerforen beziehungsweise Bürgerinitiativen sollen für ausgewiesene Wohnbezirke Sicherheitsberichte erstellt, die in festgesetztem Turnus und an festgesetztem Ort öffentlich und unter Beteiligung der örtlichen Medien ausgewertet und besprochen werden.

Es sollen kommunale Sicherheitsbeiräte unter Einbindung aller gesellschaftlich relevanten Gruppierungen, der Polizei, aber auch und vor allem der Presse gebildet werden, mit dem Ziel der Entschärfung gefährlicher Bereiche, der Stärkung von Zivilcourage sowie der Schaffung eines Bewusstseins der gegenseitigen Mitverantwortung.

Jugendliche wissen zum Teil besser um die Effektivität von Erziehungsmaßnahmen als Erwachsene. In Zusammenarbeit mit der Justiz, den Jugendämtern und den Eltern von jugendlichen Missetätern soll das Konzept der "Turnschuhrichter" verfolgt werden. Den Tätern im Alter vergleichbare Jugendliche setzen bei kleineren Vergehen Sühnemaßnahmen fest. Die Delinquenten können diese dann annehmen oder ablehnen, wobei letzteres zur Rückverweisung an die normale Justiz führt. Frauen- und Kinderschutzhäuser müssen unterstützt werden.

Unsere Gesellschaft wird kleiner, älter und bunter. Sie wird in zunehmendem Maße auf gegenseitige Toleranz angewiesen sein. Das effizienteste Mittel, um den kommenden Herausforderungen zu begegnen, ist die Bildung der liberalen Bürgergesellschaft. Die Stärkung und die soziale Aufwertung der Ehrenämter muss vorangetrieben werden. Die Motivation noch nicht engagierter Bürger in Ehrenämter kann die gesellschaftliche Integration von Migranten und Aussiedlern fördern.

Extremismus aller Schattierungen bekämpfen

Die Göttinger FDP fordert die Bekämpfung von gewalttätigen Extremisten jeglicher Art. Gegen diese müssen Demokraten sich wehren. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob solche Extremisten „rechts“ sind und zum Beispiel einen „Führerstaat“ wie im Nationalsozialismus errichten wollen, ob sie „links“ sind und zum Beispiel einen „sozialistischen Staat“ wie in der DDR anstreben, oder ob es sich beispielsweise um radikale Islamisten mit dem Ziel eines „Gottesstaates“ handelt.

Wir müssen leider feststellen, dass in Göttingen insbesondere der Linksextremismus immer noch stark präsent ist. Die linksextremen „Autonomen“ haben eines ihrer Zentren in Göttingen. Spätestens seit den verschiedenen von mutmaßlichen Linksextremisten verübten Gewalttaten im vergangenen Jahr (z.B. Anschlag im Göttinger Kreishaus) ist an der Zeit, sich eindeutig gegen Extremisten zu stellen und insbesondere eben auch gegen Linksextremisten.

Dies sollte Konsens aller demokratischen Kräfte sein. Die FDP hat mehrfach bei Debatten im Kreistag entsprechend Stellung genommen und unter anderem durchgesetzt, dass der Kreistag den Anschlag im Kreishaus verurteilt hat; leider fehlte dabei den anderen im Kreistag vertretenen Parteien der Mut oder der Wille, sich eindeutig gegen Linksextremismus zu positionieren. Versuchen von Seiten der Partei „Die Linke“ und der Grünen, stattdessen die Polizei zum Feindbild zu stempeln, tritt die FDP entschieden entgegen. Die Polizei verdient bei der Erfüllung ihrer Aufgaben – einschließlich der Bekämpfung und Verfolgung extremistischer Gewalttaten – die Unterstützung der Politik.

Liberale in den die Kommunalparlamente

Bei der Kommunalwahl am 11. September 2011 nehmen Sie Einfluss auf die künftige Politik bei Ihnen vor Ort. Erfolgreiche Politik lebt vom inhaltlichen und persönlichen Engagement der Bürger. Wir Liberale zeigen Gesicht in den Räten und Kreistagen. Wir engagieren uns und wollen unsere Heimat mit gestalten. Wir leben unsere liberalen Überzeugungen: Eine offene und tolerante Gesellschaft. Unterstützen Sie uns: Wählen Sie Ihre FDP-Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort.